

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur
Friedens- und Zukunftsdiskussion

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsmodelle
und Systemkritik e.V. – GZS

Ausgabe 19/20 – Mai 1990
10. Jahrgang

ISSN 0720-6194 Preis: DM 4,-

Ergebnis der GZS-Umfrage:

Zukunftsfragen am Vorabend des 21. Jahrhunderts von Werner Mittelstaedt

Was sind die zentralen Zukunftsfragen weltweit? Wie sind die Reformbemühungen in den staatssozialistischen Ländern einzuschätzen? Wie sind die Zukunftschancen der Menschen in China, Indien, Afrika und Südamerika zu beurteilen? Kann der Energiehunger der Menschheit im 21. Jahrhundert mehr durch regenerative Energien (Sonne, Wind, Biomasse, Wasserstoff, Wasserkraft) sichergestellt werden? Wie ist der derzeitige Stand und wie die künftige Entwicklung der Bio- und Gentechnologien zu beurteilen? Wie steht es um die nationale und internationale Zukunftsforschung? Welche Bücher und Zeitschriften, die sich mit der Zukunft beschäftigen, waren in den letzten 20 Jahren wichtig?

Vor diesen und anderen Fragestellungen wurde diese Umfrage konzipiert, die am 20. November 1989 an 283 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Publizistik im In- und Ausland versandt wurde. Sie sollte einerseits das Spektrum der wichtigsten Zukunftsfragen in großer Breite aufzeigen und andererseits Einschätzungen und Ansatzpunkte möglicher Zukunftsgestaltung hervorbringen.

Die 14, größtenteils untergliederten Fragen, wurden so gestellt, daß sie insbesondere sachkundige Einschätzungen und Fakten von den antwortenden Personen hervorbringen sollten, was im Ergebnis gelungen ist. Wichtig an diesem Ergebnis ist, daß die jeweiligen Einschätzungen von Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen und politischen sowie wirtschaftlichen Positionen gemacht wurden und bei zahlreichen Fragen in einem gemeinsamen Fazit aus der Sicht der antwortenden Personen zusammengefaßt werden konnten. Die Auswertungen wurden mit größter Sorgfalt durchgeführt.

Nachfolgend liegt das umfangreiche Ergebnis dieser Umfrage vor, das nicht nur ein breites Spektrum der wichtigsten Zukunftsprobleme widerspiegelt, sondern sich besonders durch die detaillierten Statements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auszeichnet. Es haben 46 Personen (Rücklaufquote = 16,25%) geantwortet. 6 Personen haben zum Teil stichhaltige Begründungen angeführt, weshalb sie den Fragebogen nicht ausfüllen wollten. 40 Personen haben den reichhaltigen Fragenkomplex beantwortet, was einer auswertbaren Rücklaufquote von 14,13% entspricht.

Als Anhang zum Umfrageergebnis ist eine alphabetische Liste aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgeführt. Aus ihr geht hervor, daß es sich um Antworten von ausschließlich sehr engagierten und vielfach bekannten Persönlichkeiten handelt. Die „BLICKPUNKT ZUKUNFT“-Redaktion freut sich, Ihnen dieses interessante Umfrageergebnis vorlegen zu können und würde sich über Leserbriefe sehr freuen!



Bild: Albrecht Dürer. Die apokalyptischen Reiter. Holzschnitt von 1498 aus dem Zyklus „Apokalypse“ der als großartigste Gestaltung von Endzeitvisionen in der Geschichte der Kunst angesehen wird.

Dieser Holzschnitt ist fast 500 Jahre alt. Schon damals haben sich Menschen mit Endzeitvisionen ernsthaft beschäftigt. Das gerade begonnene letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist besonders geprägt von Endzeitvisionen unterschiedlichster Art. Wir leben aber in einer Zeit des Umbruchs und der Erneuerung und sind aufgefordert, an der Gestaltung einer humanen und lebenswerten Welt teilzunehmen. Endzeitvisionen sollten uns warnen und dabei helfen, eine falsche Entwicklung zu korrigieren. Die in der GZS-Umfrage aufgeführten Zukunftsfragen sind in diesem Kontext „Warnungen“ an uns alle, die Optionen für eine humane und überlebensfähige Menschheit zu erhalten!

Frage 1: Was sind Ihrer Meinung nach derzeit die zentralen Zukunftsprobleme weltweit?

Platz 1 (82,5% oder 33 von 40 Antworten):

Die Gefährdung und Zerstörung der Umwelt.

In den Antworten waren zusätzlich eingeschlossen: Die Gefahren einer durch Menschen verursachten globalen Klimaveränderung. Die Gefährdungspotentiale durch das Ozonloch. Die Sorge um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Bewahrung der Schöpfung.

Platz 2 (55,0% oder 22 von 40 Antworten):

Das Nord-Süd-Problem.

In den Antworten waren eingeschlossen: Der Massenhunger und das Massenelend in den drei Kontinenten der Dritten Welt. Die Ausbeutung und Übervorteilung der Dritten Welt. Die für die Dritte Welt ungerechte Weltwirtschaftsordnung. Die wachsenden Gefahren regionaler und überregionaler Konflikte innerhalb der Dritten Welt. Die immense Schuldenlast der Dritten Welt gegenüber den Industriegesellschaften.

Platz 3 (37,5% oder 15 von 40 Antworten):

Die Sicherung des Friedens in der Welt.

In den Antworten waren eingeschlossen: Die ständige atomare Bedrohung. Ein durch technische Fehler "versehentlich" ausgelöster atomarer Konflikt.

Platz 4 (32,5% oder 13 von 40 Antworten):

Die Bevölkerungsexplosion in den Ländern der Dritten Welt.

Platz 5 (25,0% oder 10 von 40 Antworten):

Die Verschwendung der natürlichen Rohstoffvorkommen (Ressourcen).

In den Antworten waren eingeschlossen: Die Weltenergieprobleme, die von den fossilen und begrenzten Rohstoffvorkommen abhängig sind. Die Verschwendungs- und Wegwerfmentalität in den reichen Industriegesellschaften.

Platz 6 (20% oder 8 von 40 Antworten):

Die Proliferation moderner Waffen (Rüstung). Insbesondere der atomaren, biologischen und chemischen Waffensysteme.

In den Antworten war eingeschlossen: Die Eigendynamik des Rüstungsbereiches. Die Probleme des internationalen Waffenhandels.

Platz 7 (17,5% oder 7 von 40 Antworten):

Egoismus und Egozentrik der Menschen in den Industriegesellschaften.

Platz 8 (7,5% oder 3 von 40 Antworten):

Die Gefahren der Gentechnologie.

Platz 9 - Jeweils zweimal wurden folgende Zukunftsprobleme genannt:

Weltgesundheit.
Arbeitslosigkeit.
Die Probleme des Weltmüllaufkommens einschließlich des Atomülls.
Probleme bei der gerechten Verteilung von Gütern und Nahrung.

Platz 10 - Jeweils einmal wurden folgende Zukunftsprobleme genannt:

Friedlicher Übergang zur Demokratie in Osteuropa.
Regionale Konflikte.
Politischer Fanatismus und Totalitarismus in der Welt.
Machtstreben Japans.
Der Fundamentalismus.
Mißachtung der sozialen und ökonomischen Dimension der globalen Umweltkrise.
Naturkatastrophen.
Vakuum durch Zerfall des sozialistischen Weltsystems.
Gerechtigkeit und Demokratie.
Menschenrechte.
Selbstbefreiung der Völker.
Inneres Wachstum der Menschen.

Die Beseitigung des Phänomens „Militär“ und des militärischen Denkens.
Förderung regenerativer Energieformen.
Mißachtung der sozialen und ökonomischen Dimension der globalen Umweltkrise.

Interessante Antworten auf Frage 1 im Zitat:

Dr. Helmut Etzold: „a) Die Begrenzung zerstörerischer Selbstläufe und die Ablösung einer einseitigen Interessenorientierung durch veränderte Entscheidungs- und Kontrollstrukturen unter angemessener Beteiligung aller relevanten Interessengruppierungen und Sichtweisen. b) Wecken neuer Hoffnungen und Aufzeigen von Perspektiven. Wenn die Menschen sich von der Zukunft nichts mehr versprechen, werden sie nicht bereit sein, sich für einen Wandel, verbunden mit Umstellungen und Verzicht auf manchen Gebieten einzusetzen. Die Angst vor dem kollektiven Untergang oder Niedergang reicht nicht aus als alleiniges Motiv für die solidarische Abwendung desselben.“

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: „Immer stärkeres Auseinanderklaffen von zunehmenden menschlichen Eingriffen in die Natur und abnehmendem Wissen und die 'insbesondere' mittel- und langfristigen Folgen dieser Eingriffe.“

Frage 2a: Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Zukunftsfragen der Europäischen Gemeinschaft?

Platz 1 (50,0% oder 20 von 40 Antworten):

Die ökologische verträgliche Umgestaltung der industriellen Produktionsprozesse sowie die Erneuerung und Revitalisierung zerstörter Umwelt unter Berücksichtigung höherer sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Platz 2 (17,5% oder 7 von 40 Antworten):

Die wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Lösung und Integration Osteuropas in das gemeinsame „Europäische Haus“.

Platz 3 (15,0% oder 6 von 40 Antworten):

Beitrag der EG zur Verbesserung der Lage in der Dritten Welt.

Jeweils dreimal wurden folgende Zukunftsfragen genannt:

Abbau des ökonomischen Nord-Süd-Gefälles in Europa.
Entmilitarisierung Europas.
Rechtsradikalismus.

Jeweils zweimal wurden folgende Zukunftsfragen genannt:

Integration ohne Verlust der kulturellen Vielfalt.
Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments.
Arbeitslosigkeit.
Schaffung einer europäischen Währung.
Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft.

Jeweils einmal wurden folgende Zukunftsfragen genannt:

Bürokratiewucherung.
Überwindung des nationalstaatlichen Denkens.
Abrüstung.
Die relativ autonome Gestaltung traditionell-geschichtlich eigenständiger Lebensräume erhalten bzw. verbessern.
Ausbeutung der Dritten Welt durch die EG.
Entwicklung einer multikulturellen, neuen abendländischen Identität.
Kraftfahrzeugzuwachs.
Probleme mit der Atomenergie.
Schaffung einer demokratisch legitimierten Volksvertretung mit realen Befugnissen.
Demokratisierung durch mehr Bildung.
Nukleare Bedrohung.
Einführung eines garantierten Mindesteinkommens.
Schaffung eines demokratisch-föderalistischen Europas.
Schaffung einer Europäischen Umweltgemeinschaft.

Interessante Antworten auf Frage 2a im Zitat:

Dr. Lothar Schulze: „Durch den Zusammenschluß besteht die Gefahr, daß das Umweltbewußtsein und die gesetzlichen Forderungen sich nach den am wenigsten fortgeschrittenen Ländern richten müssen.“ Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: „Rege-

Fortsetzung auf Seite 3

lung der immer komplizierter werdenden Verhältnisse zwischen und in den einzelnen EG-Staaten, ohne noch mehr die Zuflucht zu bürokratischen Lösungsmethoden zu suchen; nötig ist vielmehr Herstellung demokratischer Öffentlichkeit(en), die in demokratischer Weise Selbst-, Vergangenheits- und Zukunftsbewußtsein aufbauen. Dabei ist die Öffnung Europas auf die Länder der Dritten und Vierten Welt hin eine Frage des gemeinsamen Überlebens." Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt: „Von der EG und RGW zum Europäischen Haus. Wirkungsvolle Kooperation EG - Dritte Welt." Dr. Walter Spielmann: „Der Binnenmarkt muß sich zu einer ökologisch orientierten Gemeinschaft vorsorgender Wirtschafts- und Sozialpolitik hin entwickeln, die im Wettstreit mit den anderen (Wirtschafts-)Blöcken vor allem kulturelle Werte und Traditionen ins Treffen führt." Prof. Rolf Schwendter: „Die Durchsetzung der Kapitalinteressen, die alles Schwächere an den Rand drücken werden." Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker nannte als zentrale Zukunftsfrage der EG, daß sie eine Europäische Umweltgemeinschaft werden muß. Dr. Helmut Etzold: „Zu großes Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle, zu große Freizügigkeit im Warenverkehr, verbunden mit ruinösem EG-weitem Konkurrenzdruck und Rationalisierungsdruck führt zum Verlust der Autonomie von Wirtschaftsregionen, zur Zerstörung gewachsener Strukturen und dezentraler Netze, zum Verlust der ökologischen Stabilität, zur Zunahme der ökologischen Belastung und lebensfeindlichen Produktionsweisen, vor allem Massentierhaltung, und zu Überwanderungsbewegungen und zusätzlicher Belastung bereits überlasteter Gebiete."

Frage 2b: Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Zukunftsfragen der Bundesrepublik Deutschland

Platz 1 (47,5% oder 19 von 40 Antworten):

Ökologischer Umbau der Bundesrepublik Deutschland in allen Bereichen.

In den Antworten waren eingeschlossen:

Umweltprobleme, Umweltstrategien, Kontext „ökologische Krise", gesundheitsverträgliche Lebensbedingungen, ökologische Verkehrskonzepte, Energie- und Chemiewirtschaft, Gefahrbegrenzung der Klimakatastrophe.

Entwicklung human verantwortbarer Technologien.

Re-Orientierung weg von der (fast) ausschließlichen „Weltmarktintegration", hin zu einer ausgeglicheneren, regional orientierten Wirtschafts- und Umweltstrategie.

Platz 2 (37,5% oder 15 von 40 Antworten):

Die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR.

In den Antworten waren eingeschlossen:

Die Gestaltung eines intensivierten Miteinanders der BRD zur DDR.

Gelingt es, ein einiges, aber entmilitarisiertes Deutschland zu realisieren?

Vertragsgestaltung BRD-DDR, ohne die Eigenstaatlichkeit infrage zu stellen.

Lösung der sogenannten Deutschen Frage.

(Kon-)Föderation mit der DDR.

Vereinigung mit der DDR.

Behutsame Hilfestellung und Beratung gegenüber der DDR, ohne „Bevormundung".

Förderung des Prozesses der deutschen Einheit im Rahmen der europäischen Einheit.

Platz 3 (30,0% oder 12 von 40 Antworten):

Bescheiden bleiben, bescheidener Leben. Wertausgleich mit ärmeren Ländern.

In den Antworten waren eingeschlossen:

Überzogener Konsum, Überproduktion, Überindustrialisierung, Übererschließung, - Mehr „Sein"-Bewußtsein.

Behutsame Angleichung der allgemeinen Lebensverhältnisse ohne wirtschaftliche Brüche.

Wertausgleich mit Osteuropa und der Dritten Welt.

Platz 4 (17,5% oder 7 von 40 Antworten):

Probleme mit der Sicherstellung der natürlich begrenzten Ressourcen für Produktion und Energieerzeugung.

Platz 5 (15,0% oder 6 von 40 Antworten):

Zunehmende Polarisierung in Arme und Reiche, welche kaum eine Gegenwehr entgegengesetzt wird (Trend zur Zwei-Drittel-Gesellschaft).

Drimal wurde folgende Zukunftsfrage genannt:

Rechtsradikalismus.

Jeweils zweimal wurden folgende Zukunftsfragen genannt:

Nukleare Bedrohung.

Endgültige rechtsverbindliche Anerkennung der Grenze zu Polen.

Arbeitslosigkeit.

Übervölkerung.

Demokratisierung durch mehr Bildung.

Jeweils einmal wurden folgende Zukunftsfragen genannt:

Schmoren im eigenen Saft.

Überschätzen der deutschen Wichtigkeit.

Anerkennung der multikulturellen Dimension unserer Gesellschaft.

Abschluß eines Friedensvertrages.

Beseitigung der Besatzungsstatute.

Brücken- und Vermittlerfunktion zu den osteuropäischen Staaten.

Strukturelle Unzufriedenheit.

Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeiten.

Bewahrung des sozialen Friedens.

Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern.

Herbeiführung eines kontinuierlichen Abrüstungs- und Entmilitarisierungsprozesses.

Bündnistreue gegenüber der EG.

Interessante Antworten auf Frage 2b im Zitat:

Dr. Walter Spielmann: „Der überraschend schnell erfolgende Umbruch in der DDR verlangt seitens des Westens viel mehr Geduld und weit weniger profitorientiertes Management. Die Entwicklung wird nur dann Bestand haben, wenn wir zugleich bereit sind, auch unsererseits von den neuen sozialen Bewegungen zu lernen, geht es doch darum, Demokratie in einem viel weiteren Sinn zu verwirklichen als dies heute der Fall ist (Antwort vom 21. Dezember 1989)." Herbert Stachowiak: „Stärkung der kognitiven gegenüber den voluntativen Steuerungskraften, sprich: Wissenschaftlich-philosophische Hilfen für die Politik bei gleichzeitiger Entfaltung von Politik und Wissenschaft." Dr. Willy Bierter: „Stärkung der föderalistischen Struktur. Entstaatlichung, Entmarkung und Stärkung der zivilen Gesellschaft." Professor Dr. Peter Mettler antwortete am 15. Januar 1990: „Wenn die Wiedervereinigung aktiv verfolgt wird, kommt sie nicht und es kommt zu einer neuen 'Deutschen Frage'."

Frage 3a: Wie beurteilen Sie die politischen Reformbemühungen und das Engagement um militärische Abrüstung in China?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich erkenne weder Reformbemühungen noch ein Engagement um militärische Abrüstung in China: 57,5% (23 von 40 Antworten).

Ich sehe Chancen zur Realisierung politischer Reformbemühungen und militärischer Abrüstung sobald die herrschenden Politiker in Peking aus Altersgründen abtreten müssen. Chancen dafür schon in wenigenden Jahren: 27,5% (11 von 40 Antworten).

Ich sehe gute Chancen für beides, weil China sich der weltweiten „Demokratisierungs- und Liberalisierungswelle" nicht mehr lange entziehen kann und aus sozioökonomischen Gründen militärisch abrüsten muß: 7,5% (3 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen: 7,5% (3 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 3a im Zitat:

Prof. Dr. Günter Mack: „Es ist eine weltpolitische Katastrophe, daß es nicht gelungen ist, daß China am Liberalisierungsprozeß teilnimmt." Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: „China wird nach dem Schrecken am Platz des Himmlischen Friedens vom Westen unterschätzt." Prof. Dr. Peter Mettler: „Rückschlag um 10 Jahre. Neuer Anlauf wird mit dem Tod der alten Garde kommen." Werner Brack: „Der Versuch kapitalistische Wirtschaftsstrukturen einzuführen ohne die Gewährung politischer Freiheiten ist gründlich fehlgeschla-

Fortsetzung auf Seite 4

gen. Das Massaker in Peking spricht für sich. Aber auch allein die Kopie des Westens in wirtschaftlicher Sicht produziert längst tot geglaubte Probleme (Getreidespekulation, Ernährung, soziale Absicherung, Unterschiede Stadt - Land, arm - reich. Von Abrüstung ist nichts zu sehen." Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: „Die derzeitige Selbstisolation Chinas wird sich nicht lange durchhalten lassen; nur bei Öffnung nach außen sind Reformen überhaupt möglich; die Knebelung der Bevölkerung, insbesondere der Intelligenz, geht zu Lasten einer Entwicklung, die vertretbares Bevölkerungswachstum und Verbesserung der ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Gesamtlage bringen könnte." Dr. Klaus Bussfeld: „Die politischen Reformbemühungen werden in ca. 1-2 Jahren wieder erstarren. Erst mit der Wiedergewinnung von Demokratie und Freiheit wird es zu intensiver Abrüstung in China kommen." Franz-Viktor Kuhlmann: „Reformbemühungen: die Regierung wird eine vorsichtige Liberalisierung betreiben müssen (und es wohl auch tun), um nicht in den Sog der osteuropäischen Revolutionen zu geraten. Das bringt dem Volk gewisse Verbesserungen, aber nicht die große Freiheit. Abrüstung: Null. Befürchte eher ein Anwachsen der Waffenproduktion und des Waffenexportes." Prof. Dr. Herbert Stachowiak: „Der Platz des Himmlichen Friedens ist nicht Leipzig. Für China hätte jene Revolution wahrscheinlich ins Chaos geführt - was die Panzer nicht rechtfertigt! Dies alles braucht dort - leider - Zeit."

Frage 3b: Wie beurteilen Sie die politischen Reformbemühungen und das Engagement um militärische Abrüstung in der Sowjetunion?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen zu den politischen Reformbemühungen in der Sowjetunion:

Die politischen Reformbemühungen stuft ich vorbehaltlos positiv bis sehr positiv ein: **55,0%** (22 von 40 Antworten).

Die politische Reformbemühungen könnten Rückschläge erleiden, wenn es der Führung in Moskau nicht gelingt, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu meistern und die Nationalitätenfragen politisch zu lösen. Dennoch sehe ich Chancen, daß Gorbatschows Politik nicht scheitern wird: **35,0%** (14 von 40 Antworten).

Ich glaube nicht, daß die politischen Reformbemühungen Erfolg haben werden: **7,5%** (3 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen: **2,5%** (1 von 40 Antworten).

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen zum Engagement um militärische Abrüstung in der Sowjetunion:

Das Engagement um militärische Abrüstung ist ernsthaft und wird auch in Zukunft erfolgreich fortgesetzt werden: **75,0%** (30 von 40 Antworten).

Das Engagement um militärische Abrüstung ist zwar ernsthaft, jedoch auf mittlere Sicht nicht sichergestellt: **22,5%** (9 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen: **2,5%** (1 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 3b im Zitat:

Prof. Dr. Günter Mack: „Die Reform- und Abrüstungsbemühungen sind Anlaß zu großen Hoffnungen, bedürfen aber stärkerer außenpolitischer Unterstützung durch den Westen (einschließlich Wirtschaftshilfe). Hauptproblem: Instabilitäten meistern." Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: „Nach geglückter Dekolonisierung sehr positive Entwicklungschancen, aber nicht rasch." Dr. Rolf Homann: „Ambivalent. Das Militär kann Gorbatschow immer noch stürzen. Davon hängt die weitere Demokratisierung und das Militär ab. Wenn die Auswechslung alter Militärs und eine Versorgungsverbesserung gelingt, dann positive Chancen." Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: „In autoritären Ländern, z.B. der UdSSR, ist das Militär ein zentraler, die autoritären Strukturen stabilisierender Faktor. Wenn die ökonomischen, politischen und sozialen Turbulenzen der Perestroika nicht grundsätzlich öffentlichen, pluralistischen und demokratischen Strukturen aufgefangen werden können, werden das Militär als Stabilisator immer stärker und die Abrüstungsbemühungen immer schwächer werden." Dr. Klaus Bussfeld: „Die Reformbemühungen sind ernst gemeint, aber nicht radikal genug. Das Beharrungsvermögen

etablierter Eliten droht zu einem kommunistisch-konservativen Gegenschlag zu führen. Die Abrüstung in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Staaten wird aufgrund der veränderten politischen Bedingungen beschleunigt fortgesetzt werden." Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt: „Die Außenpolitik einschl. Abrüstung begrüße ich sehr. Meine Sorge ist, ob Gorbatschow auch die innenpolitischen Probleme meistern wird: die Gestaltung von Wirtschaft und Versorgung, die Umwandlung der SU in eine wirklich föderative Struktur." Frank Eckardt: „Die politischen Reformbemühungen werden zwar nicht mehr zu stoppen sein (und sind deshalb auch erfolgreich), werden aber ins Hintertreffen geraten, wenn die Wirtschaft nicht Erfolg haben wird. Die Abrüstungsbemühungen sind ernsthaft." Matthias Sauer: „1) Gorbatschow steht vor einer dramatisch zugespitzten innenpolitischen Situation, ohne bereits wirksame Erfolge in der wirtschaftlichen Umgestaltung erzielt zu haben. 2) Fraglich ist, ob es ihm gelingt, eine erneuerte Form des 'Sozialismus in einem Land' zu schaffen - Notwendig sind einschneidende westliche Abrüstungsangebote!" Dr. Walter Spielmann: „Der Erfolg der Perestroika hängt elementar davon ab, ob es gelingt, den Konsumgüterbedarf entscheidend anzuheben. Hier ist vor allem auch der Westen viel stärker gefordert, den weitreichenden politischen Ideen der sowjetischen Führung Gleichwertiges an die Seite zu stellen." Dr. Helmut Etzold: „Ehrlich gemeint an der Spitze, aber zum Teil Demotiviertheit und Widerstände in den 'niederen Rängen' des Apparats. Die Furcht vor einem Umsturz und Autonomiebestrebungen in der UdSSR kann solche Bemühungen auch bremsen." Prof. Dr. Herbert Stachowiak: „Man sieht, wie schwer ein total skleronomisiertes System adaptionsfähig gemacht werden kann. Mir schwant, obgleich 'Corbi-Fan', nichts Gutes."

Frage 4a: Wie schätzen Sie die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in China ein?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich schätze die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in China schlecht bis sehr schlecht ein: **52,5%** (21 von 40 Antworten).

Ich sehe gewisse Chancen, daß China die ökonomischen Probleme unter Einbeziehung der ökologischen Grundlagen lösen kann: **15,0%** (6 von 40 Antworten).

Ich sehe gute Chancen: **12,5%** (5 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **20,0%** (8 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 4a im Zitat:

Prof. Hans-Paul Schwefel: „In China wird derzeit der Untergang der Atmosphäre amtlich geplant: Kohleförderung bis zum Jahre 2050 verzehnfachen!" Prof. Herbert Stachowiak: „Gut, wenn man auf die Weisheit dieses Volkes - auch unter dem roten Stern - vertraut." Dr. Peter Oberlechner hat mit der Frage 4a auch die Fragen 4b bis 4e folgendermaßen beantwortet: „Sehr gering. Der Westen = Norden ist überall leuchtendes Ideal der Menschen - wegen des ökonomischen Reichtums. Unser Weg wird vermutlich unverändert übernommen und zu katastrophalen Entwicklungen und ökologischen Gefährdungen führen." Dr. Walter Spielmann: „Die vorherrschende Orientierung an der Ersten Welt und mangelndes technologisches Wissen dürften gerade in Anbetracht der Bevölkerungsdynamik zur Verschärfung der ökologischen Probleme führen."

Frage 4b: Wie schätzen Sie die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Indien ein?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich schätze die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Indien schlecht bis sehr schlecht ein: **62,5%** (25 von 40 Antworten).

Ich sehe gewisse Chancen, daß Indien die ökonomischen Probleme unter Einbeziehung der ökologischen Grundlagen lösen kann: **17,5%** (7 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **20,0%** (8 von 40 Antworten).

Fortsetzung auf Seite 5

Wichtige Antworten auf Frage 4b im Zitat:

Dr. Klaus Bussfeld: „Es ist nicht zu erkennen, daß in den nächsten 10 - 20 Jahren eine konsequente ökologische Politik betrieben würde. Die ökonomische Entwicklung in Indien dürfte positiv sein, weil überproportional hohes Wirtschaftswachstum stattfinden wird.“ Frank Eckardt: „Ich bin nicht gegen die Maschine, aber gegen die Verrücktheit nach der Maschine“, sagte Gandhi vor 60 Jahren. Indien macht einen industriellen Prozeß ohne Rücksicht auf die ökologischen Grundlagen mit.“ Dr. Bernd Knop: „Angesichts der Größe und internen Unterschiedlichkeit der Länder ist mir eine Beantwortung im Rahmen einer Umfrage nicht möglich. Eher ein Thema für eine Dissertation.“

Frage 4c: Wie schätzen Sie die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Afrika ein?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich schätze die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Afrika schlecht bis sehr schlecht ein: **62,5%** (25 von 40 Antworten).

Ich sehe gewisse Chancen, daß Afrika die ökonomischen Probleme unter Einbeziehung der ökologischen Grundlagen lösen kann: **15,0%** (6 von 40 Antworten).

Ich sehe gute Chancen: **2,5%** (1 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **20,0%** (8 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 4c im Zitat:

Dr. Rudi Peter hat die gesamte Frage 4 folgendermaßen beantwortet: „Die Sensibilisierung für die ökologischen Herausforderungen hängt ab von der Befriedigung der physiologischen Grundbedürfnisse (insbesondere ausreichende Nahrung und Heizung). Daher sind die Chancen in China und der Sowjetunion 'relativ' am größten, in Indien und Afrika am geringsten.“ Werner Brack: „Die Entwicklung ist im Moment schwer abzusehen. Es ist jedoch auch hier zu befürchten, daß westliche Konzerne vermehrt versuchen Afrika zu 'entwickeln'.“ Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt hat die gesamte Frage 4 folgendermaßen zusammengefaßt: „Ich fürchte, daß es in allen genannten Regionen noch weiterer ökologischer Katastrophen bedarf, bis man die ökonomischen Probleme ernsthaft angeht bei Schonung der ökologischen Grundlagen.“ Frank Eckardt: „Afrika stirbt nicht“, schrieb G. Harrison. Ich denke, daß die dortigen ökonomischen Entwicklungen sich begrenzen ließen, wenn 'soft tech' (angepasste Technik) für Afrika entwickelt würde. Da der Norden aber auf Ausbeutung besteht, befürchte ich Schlimmstes.“ Matthias Sauer: „1) Die akuten Widersprüche zwischen menschlicher Naturnutzung und ökologischer Stabilität sind z.Z. in Afrika am größten, ohne Hilfe von außen ist keine Lösung möglich. 2) Verbesserte innerafrikanische Voraussetzungen können sich aus dem eingeleiteten Abschluß der Befreiung des Kontinents von jeder politischen Fremdherrschaft ergeben.“ Prof. Dr. Herbert Stachowiak: „Hier ist Geduld am Platze (auch mit Südafrika!). Nichts anheizen, ideologischen Dampf ablassen. Know-how-Hilfen, keine unkontrollierten Geldströme, sondern Bildung und humanitäre Hilfen. Aber hierfür wäre viel Koordinationsfähigkeit der 1. und 2. Welt nötig!“

Frage 4d: Wie schätzen Sie die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Südamerika ein?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich schätze die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Südamerika schlecht bis sehr schlecht ein: **67,5%** (27 von 40 Antworten).

Ich sehe gewisse Chancen, daß Südamerika die ökonomischen Probleme unter Einbeziehung der ökologischen Grundlagen lösen kann: **12,5%** (5 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **20,0%** (8 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 4d im Zitat:

Dr. Klaus Bussfeld: „Die ökonomische Entwicklung in Südamerika wird überlagert durch die Dominanz der Vereinigten Staaten und das damit zusammenhängende Drogenproblem. Solange politisch instabile Verhältnisse bewußt herbeigeführt werden, wird es keine stetige ökonomische Entwicklung geben. Dies geht notwendigerweise zu Lasten der Umwelt.“ Matthias Sauer: „1) Der Konflikt zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrecht Lateinamerikas und der nordamerikanischen Vorherrschaft spitzt sich zu. 2) Die Größe der Probleme, aber auch das Gewicht des Kontinents können erstmalig zu einer Entwicklungskooperation auf wirklich gleichberechtigter Grundlage führen.“ Prof. Dr. Herbert Stachowiak: „Äußerst schwierige Situation. Extreme Ungerechtigkeiten (wirtschaftliche Besitzstände) müßten ab-, ein bescheidener Wohlstand der Massen aufgebaut werden. Aber wie? Durch 'demokratische Robkuren'? Ich wäre da sehr vorsichtig.“

Frage 4e: Wie schätzen Sie die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in der Sowjetunion ein?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich schätze die Chancen zur Überwindung der ökonomischen Probleme bei gleichzeitiger Schonung der ökologischen Grundlagen in Sowjetunion schlecht bis sehr schlecht ein: **37,5%** (15 von 40 Antworten).

Ich sehe gewisse Chancen, daß Sowjetunion die ökonomischen Probleme unter Einbeziehung der ökologischen Grundlagen lösen kann: **27,5%** (11 von 40 Antworten).

Ich sehe gute Chancen: **25,0%** (10 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **10,0%** (4 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 4e im Zitat:

Dr. Klaus Bussfeld: „Schonender Umgang mit der Umwelt gehört zu den erklärten Zielen der Perestroika. Deshalb gibt es gute Chancen für die Berücksichtigung von Umweltanliegen im ökonomischen Prozeß. Voraussetzung ist jedoch, daß die ökonomischen Probleme gelöst werden, was nur gelingen wird, wenn die bisherigen Machteliten und die Bürokratie bereit sind, die damit verbundenen Risiken auf sich zu nehmen.“ Matthias Sauer: „1) Die schwersten Stunden stehen der SU in (fast) jeder Hinsicht noch bevor. 2) Die Entwicklungen in Osteuropa könnten die westlichen Länder zu leichtfertigen 'Herausforderungen' verleiten, die nicht nur ökologisch eine Katastrophe bedeuten.“ Dr. Walter Spielmann: „Eher negativ, da Grundbedürfnisse primär befriedigt werden müssen und für ökologische Maßnahmen zu wenig Mittel verfügbar sind.“ Dr. Hans-Peter Wresky: „Ohne neues Wirtschaftssystem Zuspitzung der ökonomischen und ökologischen Problematik zu erwarten. Verbesserung der Ökonomie in stärkerem Maße unter zunehmender Verknappung der ökologischen Ressourcen.“ Franz-Viktor Kuhlmann: „Am besten von allen in der Frage 4 genannten Länder, wenn nicht die ethnischen Probleme zum Chaos führen.“ Prof. Dr. Rainer Kabel: „Negativ, es sei denn die Europäische Gemeinschaft engagiert sich.“

Frage 5: Wie beurteilen Sie den Trend in vielen Industriegesellschaften und in der Dritten Welt weiterhin an der friedlichen Nutzung der Kernenergie festzuhalten?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich beurteile diesen Trend mit großer Sorge bzw. halte Kernenergienutzung für negativ: **65,0%** (26 von 40 Antworten).

Ich bin gegenüber der Kernenergienutzung ambivalent eingestellt bzw. halte sie höchstens für eine Übergangslösung: **25,0%** (10 von 40 Antworten).

Ich halte die Nutzung der Kernenergie für erforderlich: **5,0%** (2 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **5,0%** (2 von 40 Antworten).

Fortsetzung auf Seite 6

Wichtige Antworten auf Frage 5 im Zitat:

Prof. Hans-Paul Schwefel: „Die Industriegesellschaften können es sich leisten, sie nicht auszubauen. Die Länder der Dritten Welt werden sie ausbauen, auch aus militärischen Erwägungen.“ Dr. Willy Bierter: „Es gibt diesen Trend nicht. Mit einem Aufschwung der Kernenergie ist nicht zu rechnen. Obendrein sind friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie voneinander nicht zu trennen.“ Dr. Hans-Peter Wresky: „Energiepolitische Sackgasse, Zuspitzung des zukünftigen Kampfes um die Ressourcen durch militärisch nukleares Potential.“ Dr. Helmut Etzold: „Dies ist ein starres und rechthaberisches (unehrliches) Festhalten am einmal eingeschlagenen Kurs. Die Unfälle und die Unruhe in der Bevölkerung werden zunehmen, bis man womöglich überstürzt zu den Alternativen übergehen wird.“ Dr. Walter Spielmann: „Katastrophal, weil grundsätzlich keine Alternative zur Nutzung regenerativer Energieformen, die heute noch keine ausreichend starke Lobby besitzt.“ Matthias Sauer: „Eine Erklärung scheint mir zu sein, daß die bisherigen kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsstrategien komplexere Energienutzungsformen nicht oder nur schwer zugelassen haben. Gleichzeitig haben sich viele Probleme der Energieversorgung so zugespitzt, daß mit dem Festhalten an solchen 'Inselösungen' zu rechnen ist.“ Michael Rudolph: „Ich glaube nicht, daß die Staaten nur an der friedlichen Nutzung interessiert sind (z.B. Pakistan)!“ Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt: „Dem allmählichen Stillstand, gefolgt vom Rückgang der Nutzung der Kernenergie in einigen Industrieländern werden andere zögernd folgen; schließlich auch Länder der 3. Welt. Diese Entwicklung setzt voraus, daß politisch über Steuern und Tarife u.ä. Energiesparen durchgesetzt wird und daß Entwicklung und Ausbau regenerativer Energien hohe Priorität unter Einsatz öffentlicher Mittel erhalten.“ Franz-Viktor Kuhlmann: „In einer Welt ohne Krieg, ohne Terrorismus, in der genügend Geld vorhanden ist für kompetentes, stets ausgeruhtes Bedienungspersonal und für die optimalen, also teuersten Sicherheitsvorkehrungen (also einer Welt ohne Geldgier) und nach wissenschaftlicher Lösung des Entsorgungsproblems ist Kernenergie wunderbar. Ich würde gern in einer solchen Welt leben. Da dem nicht so ist, ist meine Antwort: negativ.“ Dr. Klaus Bussfeld: „In höchstem Maße besorgniserregend. Die mit der Nutzung der Kernenergie verbundenen Risiken erhöhen sich exponentiell. Gleichzeitig wird der Prozeß der Energieeinsparung und alternative Energienutzung künstlich verlangsamt.“ Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: „Offensichtlich ist der Traum von der nicht-versiegenden Energiequelle Kernkraft immer noch nicht ausgeträumt; kurzfristiges Nutzendenken obsiegt gegenüber langfristigem Gefahrendenken (Entsorgungsproblem; Problem der 'normalen Katastrophen' (Perrow)).“ Werner Brack: „Sehr negativ. Die Probleme sind für die Industriegesellschaften noch für die Länder der Dritten Welt in den Griff zu bekommen. Zentralisierung und Großtechnologie (wichtige Gründe für die globalen Umweltprobleme) werden dadurch gefördert. Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Westen steigt. Die Zukunft wird 'kolonisiert' (Galtung).“ Dr. Lothar Schulze: „Der Trend ist leider immer noch stark. Ich halte Kernenergie für unverantwortbar, vor allem auch gegenüber den kommenden Generationen. (Abfallproblem)!“ Dr. Rudi Peter: „Kurz und Mittelfristig wird der Trend nur bei - leider zu erwartenden - weiteren Katastrophen in den bestehenden Kernkraftwerken gebrochen werden.“ Prof. Dr. Günter Mack: „Es ist schlecht, daß wirtschaftliche und intellektuelle Ressourcen in zu großem Maße an diese Technik gebunden werden.“

Frage 6: Welche regenerative Energieform (Sonne, Wind, Biomasse) kann Ihrer Meinung nach dazu beitragen, den Energiebedarf der Menschheit im 21. Jahrhundert zu decken?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Energiesparen in Verbindung mit einer Kombination aller regenerativen Energieformen mit Priorität für die Sonnenenergie halte ich für die beste Lösung, den Energiebedarf in der Zukunft zu decken: **85,0%** (34 von 40 Antworten).

Ich halte zudem die Nutzung von Windenergie für wichtig: **15,0%** (6 von 40 Antworten).

Ich halte zudem die Nutzung von Wasserkraft für wichtig: **12,5%** (5 von 40 Antworten).

Ich halte zudem die Nutzung von Wasserstoff für wichtig: **12,5%** (5 von 40 Antworten).

Ich halte zudem die Nutzung von Biomasse für wichtig: **10,0%** (4 von 40 Antworten).

Keine eindeutigen Antworten: **7,5%** (3 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 6 im Zitat:

Dr. Klaus Bussfeld: „An allererster Stelle die Energieeinsparung. Außerdem sämtliche Formen der aktiven und passiven Solarenergienutzung einschließlich der Fotovoltaik.“ Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: „Keine allein, nur ein Verbund verschiedener, vielleicht noch gar nicht diskutierter, regenerativer Energien plus Energiesparen.“ Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt: „Alle 3 Energieformen am meisten wohl Sonne und Biomasse, dazu auch Müllverbrennung und Nutzung der Gezeiten-Energie. Sie nennen nicht Wasserkraft üblicher Art. Sie bleibt Energiequelle, darf aber nicht weiter auf Kosten ökologisch zu schützender Landschaftsstrukturen ausgebaut werden.“ Dr. Walter Spielmann: „Vor allem Sonne und Wind. Entscheidend wird aber die Ausbildung einer neuen 'Kultur der Bescheidenheit' sein, in der beispielsweise Muße an die Stelle von Geschwindigkeit tritt.“ Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: „Energie muß rund fünfmal teurer werden. Den Rest der Frage erledigen der Markt und die ausgleichende Sozialpolitik.“ Prof. Dr. Rainer Kabel: „Nur eine Kombination von Sparen, Recycling und neuer Formen (Sonne, Wind, Gezeiten, Biomasse) ist dazu in der Lage, bei Einschränkung fossiler Verbrennung.“

Frage 7: Die Zentralaussage der Zukunftsstudie „Global 2000“ besagt:

„Wenn sich an den Grundlinien der Politik nichts ändert, dann steuert die Welt in Katastrophen.“

Wie beurteilen Sie diese Zentralaussage heute, also etwa eine Dekade nach dem Erscheinen von „Global 2000“?

Fazit der 40 Antworten:

Mit 2 Ausnahmen wurde der Zentralaussage von „Global 2000“ voll zugestimmt. Es wurde allerdings folgendes in vielen Antworten hinzugefügt:

Negatives: Die Weltprobleme sind mit Ausnahme des Werraüstens in den 80er Jahren noch größer geworden (Ozonloch, globale Klimaänderungen, mehr irreversible Schäden, mehr Welthunger, Bevölkerungsexplosion, Vertiefung der Kluft zwischen arm und reich).

Positives: In den reichen Industriegesellschaften erhöhtes, aber noch lange nicht ausreichendes Problembewußtsein für die lokalen und globalen Umweltprobleme. Mehr Anteilnahme der Industriegesellschaften für die Belange der Zweiten und Dritten Welt. Weltweites Aufgehören der Völker nach Demokratie und Menschenrechte. Erste Abrüstungserfolge seit Bestehen des 20. Jahrhunderts. Aufkommen neuer sozialer Bewegungen für eine ökologisch, soziale und human ausgelegte Weltgesellschaft.

Frage 8: Wie beurteilen Sie den derzeitigen Stand und wie die künftige Entwicklung der Bio- und Gentechnologien?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich beurteile den derzeitigen Stand der Bio- und Gentechnologien negativ und sehe der künftigen Entwicklung besorgt entgegen: **52,5%** (21 von 40 Antworten).

Ich sehe in den Bio- und Gentechnologien gewisse Chancen, jedoch auch große Risiken und stehe ihnen ambivalent gegenüber: **30,0%** (12 von 40 Antworten).

Ich beurteile die Bio- und Gentechnologien sehr positiv: **10,0%** (4 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **7,5%** (3 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 8 im Zitat:

Dr. Willy Bierter: „Diese Frage ist in kurzer Form nicht zu beantworten. Gewisse dezentrale, nicht-kapitalintensive und nicht-gentechnisch verfahrenende Biotechnologien sind sinn-

Fortsetzung auf Seite 7

voll. Bei den meisten gentechnisch verfahrenen Biotechnologien sind die Risiken wesentlich größer als die Chancen. Das erfordert globale Kontrolle. Humangenetik (Stichwort: Eugenik/Rassismus) gehört weltweit verboten!" Werner Brack: "Der momentane Stand (z.B. herbizid-resistente Pflanzen) hat sehr negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Kleinbauern in der Dritten Welt (Abhängigkeit von Konzernen). Die Sicherheitsrisiken der Gentechnik sind unüberschaubar. Der Versuch kapitalgerechte Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und später Menschen zu produzieren ist ein Verbrechen." Dr. Lothar Schulze: "Wir sollten in der Gentechnologie nicht in die gleichen Fehler verfallen wie seinerzeit bei der Kernenergie, nämlich daß man anfängt, ohne die Gefahren richtig beurteilen zu können." Dr. Klaus Bussfeld: "Bio- und Gentechnologien stehen am Beginn einer stürmischen Entwicklung. Risiken und Chancen sind z.Z. nicht exakt abschätzbar. Die gesellschaftliche Kontrolle der Entwicklung wird in den nächsten 10 - 20 Jahren gegenüber dem dynamischen Entwicklungsprozeß eher defizitär bleiben." Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: "Liefße sich der derzeitige Stand 'einfrieren', könnte man damit vielleicht auf Dauer leben; eine Bio- und Gentechnologie aber, die alles, was möglich ist, auch beforschen und umsetzen wird, ist leider 1. mit großer Wahrscheinlichkeit erwartbar und wird 2. auf Dauer zu technisch wie moralisch nicht mehr verkraftbaren Situationen führen." Dr. Walter Spielmann: "Im Grunde wesentlich gefährlicher als die Folgen der Spaltung des Atomkerns. Das Leben selbst gerät in die Verfügbarkeit der Mächtigen und ihrer Interessen. Die Abhängigkeit der Armen wird nicht weichen, sondern zunehmen; dies kann nur kritische Information auf breiter Ebene verhindern, wenn es gelingt, sie zu einer sozialen 'Bewegung für das (natürliche) Leben' zu formen." Prof. Herbert Stachowiak: "Recht gut. Man darf nicht zu viel verbieten. Es ist ein 'sophisticated problem', zu dessen Lösung viel gute Wissenschaft und viel gute Philosophie (man sollte beides zusammen sehen) gehören." Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: "Biotechnologie ist in allen Ländern der Welt, insbesondere der Dritten Welt, stark im Kommen. Gentechnologie trifft nur auf begrenzten Bedarf und ist höchst problematisch, wo sie sich breit durchsetzt."

Frage 9: Wie beurteilen Sie die expansive Entwicklung der Computerisierung in den Industriegesellschaften?

Fazit aller abgegebenen Antworten aus Sicht der antwortenden Personen:

Ich beurteile die expansive Entwicklung der Computerisierung in den modernen Industriegesellschaften positiv bis sehr positiv: **37,5%** (15 von 40 Antworten).

Ich sehe in der Computerisierung Chancen und Risiken, habe also eine ambivalente Haltung zu dieser Technologie: **32,5%** (13 von 40 Antworten).

Ich stufe die expansive Computerisierung negativ ein: **15,0%** (6 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **15,0%** (6 von 40 Antworten).

Wichtige Antworten auf Frage 9 im Zitat:

Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt: "Die Computerisierung steigert die Effizienz von Produktion vieler Güter, von Transport einschl. Personenverkehr und von Telekommunikation in bis vor wenigen Jahrzehnten unerhörtem Maße. Ökonomisch und technisch suggeriert sie, durch ihre Netze die Menschheit zu einer Art Weltgesellschaft zusammenzuschließen. Tatsächlich gefährdet sie gewachsene Kulturen und kann dazu beitragen, die Welt in 'haves' und 'have nots' zu erhalten bzw. diese Teilung eher zu universalisieren statt sie abzubauen." Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: "Datenschutz, Fehlerfortpflanzung, Semantikverlust sind ernstzunehmende Probleme. Ansonsten wenig Einwände." Prof. Dr. Herbert Stachowiak: "De facto wohl unaufhaltsam, und die partielle Verblödung der (heranwachsenden) Menschen mag durch neu freigesetzte (mir allerdings noch nicht bekannte) Kräfte von homo sapiens kompensiert werden." Dr. Klaus Bussfeld: "Die Computerisierung der Gesellschaft wird weiter gehen. Ihr eher instrumenteller Charakter wird jedoch deutlicher werden. Eine dauerhafte Gefährdung für die soziale und kulturelle Kommunikation in unserer Gesellschaft liegt in der Computerisierung nicht." Prof. Dr. Günter Mack: "Große Chancen im intelligenten Umgang mit Energie und anderen Ressourcen. Große Gefahren durch immense Steigerung wissenschaftlich-technischer Macht." Prof. Dr. Fritz Vilmar: "Prinzipiell positiv, aber weit überschätzt (Trend zur Übertechnisierung, siehe PC-Inflation ohne Ausnutzung)." Dr. Rudi Peter: "Ambivalent:

Einerseits vergrößert sie die wachsenden Vorteile und Vorzüge einer informierten Gesellschaft, andererseits verkürzt sie unsere Denkstrukturen."

Frage 10: Wie beurteilen Sie den mittelfristigen Entwicklungstrend in den modernen Industriegesellschaften?

a) Sie erleiden in absehbarer Zukunft ein irreversibles soziales, wirtschaftliches und ökologisches Desaster: **12,5%** (5 von 40 Antworten).

b) Sie gelangen in eine Form von "Ökokapitalismus", in der die ökologischen Zerstörungen zwar verlangsamt werden, aber die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme weiterhin zunehmen werden: **57,5%** (23 von 40 Antworten).

c) Weder a) noch b), sondern folgende mittelfristige Prognose: **17,5%** (7 von 40 Antworten).

Möchte ich nicht beurteilen bzw. keine Antworten: **12,5%** (5 von 40 Antworten).

Hier vier der sieben mittelfristigen Prognosen:

Prof. Dr. Herbert Stachowiak: "Eine Art 'ökologischer Vernunft' wird sich relativ rasch durchsetzen, jedoch wird das ungesteuerte Wachstum des materiellen Bedarfs mit seinen Folgen unerträgliche Grenzzustände herbeiführen." Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: "Antwort 10b mit Zusatz: ...insbesondere deshalb, weil immer stärker die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme der Länder der sog. Dritten Welt auf die modernen Industriestaaten durchgeschlagen werden." Dr. Klaus Bussfeld: "Der Weg der Industriegesellschaften in Europa wird ein gesamteuropäischer sein. Dabei wird sich ein 'Ökokapitalismus' durch Betonung der Elemente Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Soziales in einer stark sozialdemokratischen Ausprägung entwickeln. Dies kann bis zum Stopp ökologischer Zerstörungen führen und muß nicht Zunahme sozialer, politischer und wirtschaftlicher Probleme bedeuten." Franz-Viktor Kuhlmann: "Es wird viele, auch viele irreversible Umweltschäden geben. Es wird uns nicht mehr so gut gehen wie jetzt (Grund: ökologische Schäden, Dritte Welt). Das braucht aber nicht zu heißen, daß dies zu sozialer Destabilisierung führt."

Frage 11: Welche Methoden der Zukunftsforschung sind Ihrer Ansicht nach für welche Problemfelder von besonderer Relevanz?

Es wurden folgende Methoden überwiegend mehrfach genannt:

Technologiefolgenabschätzung.
Abrüstungskontrolle.
Vorbehaltloses Informieren breiter Bevölkerungskreise.
Szenariomodelle, Chaostheorien aller Art, Simulationsmodelle mit starker Vernetztheit.
Ziel-Mittel-Interdependenz.
Computergestützte Systemanalyse.
Neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen entwerfen und ihre Wirkungen analysieren.
Trend-Beobachtungen in den verschiedensten Entwicklungen.
Interdisziplinäre Studien bei komplexen ökologisch-ökonomisch-sozialen Fragen.
Aufzeigen von Alternativen zur Wachstumsgesellschaft.
Brainstorming.
Zukunftswerkstätten (besonders für regionale Fragen).
Systematisierung von Innovationen.
Netzplan-Strategien.
Spieltheorien.
Studien zur Beratung von Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
Systemübergreifende, ganzheitliche theoretische und praxisnahe Vorgehensweisen zur Zukunftsgestaltung in allen Bereichen.
Delphi-Verfahren zur Einschätzung von Trends.
Meinungsforschung, Motivationsanalysen.
Eine Systemtheorie für die Ermittlung künftiger Lebens- und Überlebensbedingungen.
Meinungsumfragen wie z.B. diese.
Symposien mit Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen um Zukunftsfragen zu erläutern und Antworten zu finden.
Das Entwerfen von Utopien für alle erdenklichen Bereiche.
Das Entwerfen von Gegenutopien für alle erdenklichen Bereiche.

Fortsetzung auf Seite 8

Frage 12a: **Wie schätzen Sie das Verhältnis von Zukunftsforschung und Politikberatung in der Bundesrepublik ein?**

Folgende Gesamteinschätzung:

Diese Frage wurde nur von 55% beantwortet. Der allgemeine Tenor sagt aus, daß für die Zukunftsforschung in der Bundesrepublik von seiten der staatlichen Förderung **viel zu wenig** unternommen wird. Die wenigen Institutionen, die in der Bundesrepublik Zukunftsforschung betreiben, werden allerdings, so die häufige Einschätzung, sehr wohl von den Politikern und Managern in der Industrie beachtet. Die „Kommunikation zwischen Zukunftsforschern und Politikern bzw. Industriemanagern“ sei extrem unterentwickelt. Es müsse viel mehr für eine unabhängige Zukunftsforschung in der Bundesrepublik unternommen werden!

Frage 12b: **Wie schätzen Sie das Verhältnis von Zukunftsforschung und Politikberatung in anderen Ländern ein?**

Folgende Gesamteinschätzung:

Viel besser als in der Bundesrepublik, besonders in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Schweiz, Holland und in allen skandinavischen Ländern.

Frage 13a: **Welche Einrichtungen sind Ihrer Meinung am ehesten in der Lage, eine zukunftsorientierte Politikberatung in der Bundesrepublik zu realisieren?**

Folgende Einrichtungen wurden genannt:

Die „neuen sozialen Bewegungen“ (Ökologiebewegung, Friedensbewegung, Dritte-Welt-Initiativen, Alternativbewegung, soziale Netzwerke).
Forschungsinstitute staatlicher wie privater Art einschließlich solcher von Interessenverbänden wie Industrieverband und Gewerkschaften.
Kirchliche Gremien.
Friedensforschungsinstitute.
Volksbefragungen, Volksabstimmungen.
Enquête-Kommissionen.
Überfachliche und überregionale, völlig unabhängige Institutionen.
Stiftungen (z.B. Stiftung Warentest).
Unabhängige Studien (z.B. die des Club of Rome).
Bücher, die über Zukunftsprobleme und Zukunftschancen breite Bevölkerungskreise (darin sind Politiker eingeschlossen) unabhängig informieren.
Das ÖKO-Institut in Freiburg.
Greenpeace.
Robin-Wood.
ISI in Karlsruhe.
Prognos.
Umweltbundesamt.
Wissenschaftszentrum Berlin.
Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung IZT in Berlin.
Bund Umwelt- und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND).
Alle öffentlichen Medien.
Einzelne Hochschulprofessoren, wie z.B. Horst-Eberhard Richter, Hans Peter Dürr, C.F. von Weizsäcker, Klaus Traube, Robert Jungk, Rolf Kreibich u.v.a..

Frage 13b: **Welche Einrichtungen sind Ihrer Meinung am ehesten in der Lage, eine zukunftsorientierte Politikberatung in anderen Ländern zu realisieren?**

Folgende Einrichtungen wurden genannt:

Einrichtungen der UNO.
Das OTA in den Vereinigten Staaten.
Die Zukunftsgesellschaften und Institute in der Schweiz, in Schweden, Norwegen und den Niederlanden.
Prognos AG in Basel.
Die „neuen sozialen Bewegungen“ (Ökologiebewegung, Friedensbewegung, Dritte-Welt-Initiativen, Alternativbewegung, soziale Netzwerke).
Forschungsinstitute staatlicher wie privater Art einschließlich solcher von Interessenverbänden wie Industrieverband und Gewerkschaften.
Kirchliche Gremien.

Friedensforschungsinstitute.
Volksbefragungen, Volksabstimmungen.
Enquête-Kommissionen.
Überfachliche und überregionale, völlig unabhängige Institutionen.
Unabhängige Studien (z.B. die des Club of Rome)
Bücher, die über Zukunftsprobleme und Zukunftschancen breite Bevölkerungskreise (darin sind Politiker eingeschlossen) unabhängig informieren.
Die öffentlichen Medien.
SIPRI in Norwegen.
Das MIT in den U.S.A.
Der Club of Rome.

Frage 14: **Könnten Sie uns bitte drei Ihrer Meinung nach herausragende Publikationen der letzten 20 Jahre nennen, die Zukunftsfragen der Menschheit zum Thema hatten!**

Platz 1 (24 Mal genannt = 60%):

Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, E.; Milling, P.: Die Grenzen des Wachstums - Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972

Platz 2 (16 Mal genannt = 40%):

Global 2000: Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt/Main 1980

Platz 3 (8 Mal genannt = 20%):

Volker Hauff(Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. (engl. Our Common Future, Oxford 1987), Greven 1987

Platz 4 (4 Mal genannt = 10%):

Capra, Fritjof: Wendezeit - Bausteine für ein neues Weltbild, Bern 1982

Fromm, Erich: Haben oder Sein, Stuttgart 1976

Platz 5 (2 Mal genannt = 5%):

Eppler, Erhard: Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981

Flechtheim, Ossip K: Ist die Zukunft noch zu retten?, Hamburg 1987

Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt/Main 1979

Peccei, Aurelio u.a.: Der Weg ins 21. Jahrhundert. Alternative Strategien für die Industriegesellschaft. Bericht an den Club of Rome, München 1983

Schumacher, E.F.: Small is beautiful, New York, 1973

Toffler, Alvin: Die dritte Welle - Zukunftschance, Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, München 1980

Diese Bücher und Periodika wurden unter den 40 Antworten jeweils einmal genannt:

Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus., Frankfurt/Main 1977

Blätter für deutsche und internationale Politik

Carson, Rachel: Der stumme Frühling, München 1962

Ditfurth, Hoimar von: So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist soweit., Düsseldorf 1985

Eigen, Manfred: alle Publikationen

Flechtheim, Ossip K: Der Kampf um die Zukunft. Grundlagen der Futurologie, Bonn 1980

Gaspari/Millendorfer: Konturen einer Wende. Strategien für die Zukunft, Graz u.a., 1978

Gleick, James: Chaos - die Ordnung des Universums. Vorstoß in Grenzbereiche der modernen Physik, München 1988

Fortsetzung auf Seite 9

Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987

Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik., Frankfurt/Main 1975

Hesse, Joachim Jens; Zöpel, Christoph: Forum Zukunft Band 1 -6, Baden-Baden (seit 1987)

Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen: Pro Zukunft. Informationsdienst der Robert Jungk-Stiftung, Salzburg (erscheint seit 1987 alle 3 Monate)

IPPNW-Sektion in der BRD: Rundbriefe

Jungk, Robert: Die Zukunft hat schon begonnen. Amerikas Allmacht und Ohnmacht., Stuttgart 1952

Jungk, Robert: Strahlen aus der Asche. Geschichte einer Wiedergeburt, Bern 1959 Jungk, Robert: Der Jahrtausendmensch - Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft, München 1973

Jungk, Robert: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit., München 1977

Jungk, Robert; Lutz, Rüdiger; Müllert, Norbert R.; Ziegler, Bernhard (Hrsg.): Enzyklopädie der Zukunft. Eine Anstiftung zur praktischen Zukunftsgestaltung, Tübingen 1978

Jungk, Robert; Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Wege zur Wiederbelebung der Demokratie, Hamburg 1981

Kutsch, Vilmer (Hrsg.): Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung

Meadows, Dennis; Meadows, Donella: Das globale Gleichgewicht. Modellstudien zur Wachstumskrise, Stuttgart 1974

Kreibich, Rolf: Die Wissenschaftsgesellschaft - Von Galilei bis zur High-Tech-Revolution, Frankfurt/Main 1986

Mittelstaedt, Werner: Wachstumswende. Chance für die Zukunft, München 1988

Myrdal, Gunnar: Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt/Main 1970

Naisbitt, John: Megatrends - 10 Perspektiven, die unser Leben verändern werden, Bayreuth 1986

Nord-Süd-Kommission: Der Brandt-Report - Das Überleben sichern, Frankfurt/Main 1981

Orwell, Georg: 1984, Frankfurt/Main, Berlin, Wien Neuauflage 1976

ÖKO-Institut-Studien: (z.B. Energiewende und Chemiewende u.a.)

Pestalozzi, Hans A.: Nach uns die Zukunft, Bern 1979

Popper, Karl: alle Publikationen

Schell, Jonathan: Das Schicksal der Erde, München 1982

Schulze, Lothar: Die Zukunft geht uns alle an. Eine Dokumentation von Äußerungen zum Thema Zukunfts- und Friedenssicherung 1965 - 1975 mit Dokumentation zur Vorgeschichte und Entwicklung der Gesellschaft zur Förderung von Zukunfts- und Friedensforschung 1958 - 1974, Hannover 1976

Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung; Kocher, Gerhard (Hrsg.): ZUKUNFTSFORSCHUNG. Informationen über Zukunftsforschung, Planung und Zukunftsgestaltung, Horgen (Schweiz), erscheint seit 1972 regelmäßig alle 3 Monate

Schwendter, Rolf: Zur Geschichte der Zukunft, München 1982

Strasser, J.; Traube, K.: Die Zukunft des Fortschritts, Bonn 1981

Weizsäcker, Carl Friedrich von: Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1982

Wilber, Ken: Halbzeit der Evolution, Bern 1984

Folgende 31 Personen gaben ihr Einverständnis, genannt und zitiert zu werden:

Name:	Beruf.:
Dr. Willy Bierter	selbstst. Wissenschaftler, Berater und Publizist, Syntropie-Stiftung für Zukunftsgestaltung.
Werner Brack	Student
Dr. Klaus Bussfeld	Ministerialbeamter im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes NRW.
Frank Eckardt	Kaufmann und Mitarbeiter der größten niederl. Flüchtlingsorganisation in Rotterdam.
Dr. Helmut Eitzold	Biologe am Institut für Botanik und Pharmazeutische Biologie der Universität Erlangen.
Alois Franken	Wissenschaftl. Angestellter des Instituts für interkulturelle Arbeit und Technik.
Prof. Dr. Bruno Fritsch	Institut für Wirtschaftsforschung in Zürich.
Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter	Universitätsprofessor für Politikwissenschaft.
Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt	Professor für Soziologie, emer. Direktor am Max-Planck Institut f. Bildungsforschung und Vorsitzender des Aufsichtsrates des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung.
Helmut Hildebrandt	Politikberater im Bereich Gesundheit, Geschäftsführer der Werkstatt Gesundheit e.V. in Hamburg.
Dr. Rolf Homann	Berater (Futures' Design) in Zürich.
Prof. Dr. Rainer Kabel	Universitätsprofessor und leitender Redakteur.
Dr. Berndt Knop	Ministerialrat.
Franz-Viktor Kuhlmann	Mathematiker.
Prof. Dr. Dieter Lutz	stellv. wissenschaftl. Direktor am Institut für Friedensforschung in Hamburg.
Prof. Dr. Peter H. Mettler	Universitätsprofessor.
Prof. Dr. rer. nat. Günter Mack	Universitätsprofessor im Ruhestand.
Dr. Peter Oberlechner	Generalsekretär der Wiener Akademie für Zukunftsfragen.
Dr. Rudi Peter	Rechner.
Christoph Pflüger	Redakteur.
Michael Rudolph	Industriekaufmann.
Matthias Sauer	Wiss. Angestellter am Institut f. Agrarsoziologie in Gießen.
Rainer Scheibke	Student.
Dr. Lothar Schulze	Zukunfts- u. Friedensforscher, Rechner.
Prof. Hans-Paul Schwefel	Universitätsprofessor.
Prof. Dr. Rolf Schwendter	Informator an der Int. Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg.
Dr. Walter Spielmann	emer. Philosophieprofessor.
Prof. Dr. Herbert Stachowiak	Universitätsprofessor.
Prof. Dr. Fritz Vilmar	Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn.
Prof. Dr. Ernst U. von Weizsäcker	Arzt.
Dr. Hans-Peter Wresky	

Weitere 9 Personen, darunter alle 5 antwortenden Frauen, gaben leider nicht ihr Einverständnis, namentlich erwähnt bzw. zitiert werden zu dürfen!

Struktureller Wandel an den Grenzen des Wachstums - Perestroika auch bei uns!

von Dr. Helmut Etzold

Die Grenzen unseres Wachstums sind erreicht, ja überschritten. Statt des quantitativen Fortschritts des Größer, Stärker, Schneller und Mehr, der Steigerung von Konsum und menschlicher Verfügung, wird nun ein Wechsel zur Qualität notwendig. Dies bedeutet einen moralischen Fortschritt, weil es eine Änderung des Bewußtseins, des Haben Wollens und gegenseitigen Übertrumpfens in Produktion und Konsum oder allgemeiner Selbstdarstellung voraussetzt. Darum muß dieser Fortschritt mit der Entwicklung des Bewußtseins und der Entwicklung, ja Verbesserung der Beziehungen und Strukturen im zwischenmenschlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich beginnen, weil es diese Beziehungen und ihre Festschreibung sind, die das bisherige Verhalten und seine Wertmaßstäbe verfestigen und kultivieren. Bewußtsein und Strukturen bedingen sich gegenseitig, und der Wandel beider würde auf das Verhalten zurückwirken und auch dort den notwendigen Wandel herbeiführen. Der ökologische Umbau unserer Gesellschaften wird also nur stattfinden, wenn er auch die grundlegenden Strukturen und mit ihnen für unantastbar gehaltene Bezüge erfaßt.

Die bisherigen Strukturen können diesen Wechsel nicht herbeiführen, sie haben vielmehr die Funktion, den quantitativen Fortschritt und den Raubbau an der Natur zu forcieren. Wir haben wirtschaftliche und politische Strukturen, die die Maßlosigkeit, den überzogenen Konsum und die Ausbeutung fortschreiben, ja kultivieren und belohnen. In diesen Strukturen herrscht das Prinzip des „Wachse oder Weiche“ oder das Recht des Stärkeren, Prinzipien also der darwinistischen Selektion. In der Wirtschaft ist dies evident, aber auch in der Politik ist das Wachstum von Prozenten ein ehernes Gebot und wird dieses Wachstum nur erreicht, indem man nach Art von Komplizen anderen, die einem bei der Wahl beistehen sollen, zu steigenden Gewinnen und wachsendem Wohlstand verhilft und nach dem Grundsatz „wer viel gibt, gibt allen etwas“ seine Gunst erweist oder indem man doch nie etwa von Grenzen und Maßhalten spricht. Es kann auf die Dauer nicht gut gehen, wenn man genötigt ist, sich gegenseitig auf Kosten Dritter, seien es andere Gruppen, andere Länder oder die Natur, steigende Gewinne zuzuschreiben und damit auch die Begehrlichkeit des je anderen steigert. Denn damit ist ein nicht enden wollendes und zerstörerisches Wachstum programmiert. Ein System, das opportunistische Willfährigkeit und Gefälligkeit belohnt und kultiviert, ja zum staatstragenden Prinzip erhebt, unterliegt unweigerlich der Tendenz, das materielle Gewinn- und Machtstreben der Beteiligten unter Hintanstellung ökologischer und sozialer Rücksichten ins Maßlose zu steigern. Und die Summe der Einzelinteressen ergibt an den Grenzen des Wachstums auch nicht mehr das allgemeine Wohl, noch die Erfordernisse der Zukunft, sondern sie richtet sich gegen diese, noch mehr, wenn, wie heute notwendig, die Einzelinteressen verführt und exaltiert sind. Hiergegen ist durch Einsicht und besseres Wollen nicht anzukommen, weil jeder, der im freien Wettbewerb danach handelt, nach den Prinzipien der Selektion und dem Gesetz des Dschungels dem Skrupellosen weichen muß und darum untergeht oder in die Bedeutungslosigkeit verwiesen wird. Der Opportunismus wird also belohnt. Und das Wissen davon wird immer das bessere Wissen konterkarieren und an seiner Umsetzung hindern, weil die Betroffenen, unter Existenzangst gebracht, gleichsam in einem Befehlsnotstand handeln. Auch die Kontrollen kommen dagegen nicht an, wenn sie vom selben System installiert werden und damit auch unter den gleichen Zwängen stehen oder von den gleichen Rücksichten bestimmt und begrenzt werden.

Weil so die Akteure in der Wirtschaft und in der Politik die Sicherung ihrer Position erreichen müssen, indem sie gegen ihre bessere Einsicht handeln und damit die alte Richtung fortsetzen, brauchen wir Strukturen, in denen das Überleben nicht mehr von einem solchem Verhalten abhängt, in denen also der Opportunismus und das kurzzeitige, auf eigene Gewinne fixierte Handeln nicht mehr belohnt werden.

Dies müssen politische Strukturen sein, wo das Handeln der Verantwortlichen und ihr Überleben nicht mehr an die Zustimmung und den Applaus der Massen gebunden ist, die stets einseitig urteilen und deren Treue man sich im Wettbewerb mit anderen durch steigende Versprechen und Leistungen erst versichern muß, sondern wo die Position der Entscheidungsträger an ihrer Qualifikation hängen, Interessen und Erkenntnisse Gleichgesinnter oder -veranlagter zu vertreten, die man nicht oder weit weniger erst mit überzogenen und

unehrlichen Versprechen oder Zugeständnissen gewinnen und betören muß, und wo, wenn dies dennoch geschieht, einseitige und überzogene Forderungen solcher Gruppierungen im Kontext anderer Interessen, öffentlicher Belange, Sichtweisen und ihrer Vertreter je kontrolliert und auf das Vertretbare zurückgebracht werden können, und wo aber auch das, was gesagt werden muß, zur Kenntnis gebracht und umgesetzt werden kann, wo also dem besseren Wissen der Platz zukommt, der ihm gebührt. Dies würde nicht zuletzt auch wesentlich zur Versachlichung der inzwischen gefährlich aufgeladenen innergesellschaftlichen Gegensätze beitragen und zerstörerische Ausbrüche verhindern helfen.

Dies erfordert eine Revision des demokratischen Legitimationsbegriffs, der heute hauptsächlich für die Fähigkeit steht, die Massen aufgrund der erreichten Mehrheit zu satulieren oder bei Laune zu halten und damit nur den inneren Frieden des Ganzen und der Zukunft zu bewahren. Eine Partei kann nicht schon durch ihre Macht oder die Wählermehrheit legitimiert sein, vor allem dann, wenn sie unter dem Einfluß einseitiger Informationen und opportunistischer Rücksichten steht oder wenn schon das Parteienangebot von einseitigen, die Wählermehrheit oder die Vielfalt der Wähler und der Belange nicht repräsentierenden Interessen geprägt ist.

Und es ist keine Frage, daß wir heute von einer einseitig interessierten und befähigten, wie auch unter einseitigen Pressionen stehenden Oligarchie regiert werden, die die Pluralität von sich befehdenden, aber auch kontrollierenden und ergänzenden Interessen, Sichtweisen und Fähigkeiten in der Bevölkerung nicht repräsentiert, geschweige denn eine fruchtbare Auseinandersetzung unter ihnen ermöglicht. Daran ändert auch das Angebot neuer Parteien nichts. Und weil die demokratische Wahl durch eine verführbare anonyme Masse selbstbezogener und rivalisierender Interessenträger selbst die Garantie für diese Einseitigkeit liefert, indem sie die Profilierung der Bewerber stets in dieselbe längst überzogene Richtung treibt, und so die fruchtbare Kontrolle weitgehend ausschließt, kann auch diese Wahl keine ausreichende Legitimation mehr für eine Regierung und ihre Entscheidungen sein. Es muß vielmehr klar werden, daß ein System mit solchen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen im Verein mit seinen Verbündeten und Gegnern seine Selbstzerstörung programmiert.

Großstrukturen mit zentraler und oligarchischer Leitung sind auf die Dauer nur geeignet und auch dazu ursprünglich angetreten, ein Land oder die Natur zu erobern, zu unterwerfen und auszubeuten oder sich in einer feindlichen Umwelt zu behaupten und dem Ruhm und der Profilierung ihrer Führer zu dienen, nicht aber ein Land zu bebauen und zu bewahren. Dies zeigt sich auch darin, daß die Maßgebenden und die öffentlichen Stellen, nicht anders als in einem Krieg stets zu den letzten zählen, die die unkalkulierten Folgen und Kosten des von ihnen betriebenen Kurses oder „die Zeichen der Zeit“ erkennen und gebührend berücksichtigen wollen, was stets auch damit zu tun hat, daß sie in dem notwendigen Wandel am meisten zu verlieren haben. Und die um Macht und Würde Ringenden und sich darin Sonnenden haben es seit jeher schwer, sich mit den langfristig entscheidenden oder den drängenden Fragen des Ganzen zu befassen, weil sie in Profilierungs- und Apparatezwängen befangen sind, ja vielfach in einer Ersatzwelt leben, welche die Freiheit des Denkens und Handelns einschränken und die inhaltliche Arbeit, ja schon die Wahrnehmung behindern. An den Wachstumsgrenzen, wo wir diesen Fragen nun nicht mehr ausweichen dürfen, haben diese Strukturen darum ausgedient und ihre Aufgaben überlebt, weil sie aufs Ganze nurmehr zwanghaft zerstörerisch wirken. Die Krise kann nicht mit denselben Strukturen und Institutionen überwunden werden, die sie auslösten.

Außerparlamentarischen, jeweils nicht von der Vefassung vorgesehenen Kräften haben wir es zu verdanken, daß untragbare Verhältnisse zuerst in der Arbeitswelt und heute im Bereich der allgemeinen Lebensbedingungen vermieden oder revidiert wurden. Ohne die institutionalisierte Mitwirkung solcher Kräfte oder Gruppen, die sich am korrumpierenden Machtstreit nicht beteiligen, wird Politik künftig immer weniger zu verantworten, ja letztlich möglich sein. Es muß uns darum um eine Entmachtung der allzu mächtigen und in einseitigen Zwängen handelnden Politiker gehen. Wir brauchen Strukturen, die die Zeichen der Zeit deuten und rechtzeitig umzusetzen vermögen.

Fortsetzung auf Seite 11

Es müssen ferner wirtschaftliche Strukturen sein, in denen das Überleben des Betriebs nicht am steigendem Ausstoß, an der erfolgreichen Weckung der Begehrlichkeit des Verbrauchers oder an wachsenden Marktanteilen unter Hintanstellung der Belange von Umwelt und Zukunft hängt und wo wie in der Politik, statt der Konkurrenz gleichgerichteter und sich in einseitigem Handeln steigender Subjekte eine Pluralität sich ergänzender und kontrollierender Interessen, Belange und Sichtweisen die Entscheidungen in der Produktion bestimmt. Wir brauchen eine Demokratisierung auch in der Wirtschaft, die das alleinige Verfügungsrecht einseitig Handelnder oder einseitigen Positionen Unterliegender bricht. Dies verlangt auch einen Wandel der Eigentumsrechte und des Eigentumsbegriffs, die heute noch zum Teil auf dem Unfrieden unter den Menschen, dem Recht des Stärkeren und einem vermeintlichen Besitzrecht gegenüber der Natur gründen wie auch umgekehrt diese bestärken.

Von solchen Strukturen würden veränderte Impulse und Zwänge des Handelns ausgehen, und diese erst werden die Maßstäbe der Qualität gegen die Zwänge der Quantität durchsetzen können. Sie müssen durch die Neuverfassung der Entscheidungs-, und Kommunikations- und Kontrollstrukturen institutionalisiert werden. Es geht nicht an, und es kann auf die Dauer nicht hingekommen werden, daß unsere Strukturen ein anderes Verhalten belohnen und damit zu einer anderen Moral verführen und erziehen, als die, zu der wir heute gefordert sind.

Der Wandel von Verhalten und Moral kann darum nicht der Einsicht und dem guten Willen des einzelnen überlassen werden, und würden wir darauf setzen, dann würden uns auch massive Aufklärung und Appelle an das Wohlverhalten und das Beispiel oder Vorbild einzelner letztlich nicht weiterbringen. Mit gutem Zureden, Resolutionen und Verordnungen ist der notwendige Wandel nicht zu erreichen. Diese werden sich vielmehr als hilflose Reaktionen erweisen. Dies hat aber seinen Grund nicht in invarianten Antriebsstrukturen des Menschen, wie manche zu glauben scheinen. Denn das Verhalten der Menschen wird nicht nur von einer vermeintlich gleichbleibenden menschlichen Natur und damit verbundenen Wertorientierungen und Einstellungen bestimmt, sondern auch von gesellschaftlichen Vorgaben wie kollektivem Druck, Rechtsordnung, Kompetenzzuweisungen und Verhaltens- und Verfahrensregeln. Das Umdenken ist also nicht nur eine Frage der individuellen Moral, sondern auch der Institutionen um der Rechtsordnung, weil diese die Moral des einzelnen mitbestimmen, ja diese kultivieren, und die Moral dieser gesellschaftlichen Vorgaben ist genauso entwicklungsbedürftig wie die Moral des Handelnden selbst.

Auf unsere Situation angewendet heißt dies: Was uns heute bedroht, und woran wir scheitern können, sind nicht nur unsere Verhaltensweisen und ihnen zugrundeliegenden Antriebsmuster und Bewußtseinsformen, sondern ebenso vielfach für sakrosankt gehaltene Institutionen, Strukturen und Rechtsordnungen, welche jene Bewußtseinsformen oder Einstellungen erst hervorgebracht oder verfestigen. Es bedarf darum der Einsicht in die Gefährlichkeit und Unhaltbarkeit solcher menschengemachter oder gewordener Einrichtungen und Konventionen, damit sie auch vom Menschen wieder aufgehoben und transformiert werden können. Es geht letztlich darum, einen zerstörerischen Kontext mit destruktiven Zwängen in einen konstruktiven Kontext umzuwandeln. Denn die Krise kann nicht von denselben Kräften überwunden werden, die sie hervorgebracht haben.

Von den geforderten Strukturen erscheinen aber auch westliche und (ehemalige) östliche Systeme noch etwa gleich weit entfernt. Ihre Einführung müßte die Systeme angleichen und damit auch ihre bisherige Feindschaft ad absurdum führen. Gleiche Bedürfnisse und Probleme fordern am Ende auch vergleichbare Lösungen. Diese Entwicklung haben wir als Fortschritt zu begreifen, der dem einzelnen mehr Freiheit und dem Ganzen mehr Einheit und Frieden beschert. Die Welt kann nur als wachsende Einheit bestehen, in der auch der einzelne an Freiheit und Mündigkeit gewinnt.

Die Bewahrung des Lebens auf der Erde verlangt heute eine Zurücknahme von Positionen und Ansprüchen, ja einen Verzicht auf bisher verteidigte Werte. Dies kommt einer Kapitulation beiderseits der kultivierten ideologischen und machtpolitischen Fronten und an der Front eines Natur und Leben zerstörenden materiellen Bereicherungsfortschritts gleich. Eine Kapitulation und einen Rückzug lassen aber die bestehenden Ordnungen und das von ihnen geprägte Bewußtsein maßgebender Gruppen und Personen nicht zu, auch wenn die Mehrheit der Menschen inzwischen dazu bereit wäre. Darum wird der selbstzerstörerische Kurs beibehalten werden, solange diese Ordnung besteht.

Der notwendige Wandel zielt aber nicht nur auf Strukturen, die der besseren Einsicht zur Umsetzung und Werten der Lebensqualität, die bisher verdrängt wurden, zur Durchsetzung verhelfen sollen und die so die Moral des Handelns stärken, sondern diese Strukturen sind auch selbst von höherer moralischer Qualität, weil in ihnen das Element der falschen Verflechtungen, der komplizierten, erfolgsabhängigen und opportunistischen Bindungen wie falschen Rücksichten, die zur Maßlosigkeit erziehen, sowie der einseitigen und überheblichen Vorherrschaft von Interessenträgern und der gewollten und stets provozierten Feindschaft nach außen fehlt oder doch weit weniger beteiligt ist, weil hier in einer Art direkter Demokratie auch die relevanten Gruppierungen beteiligt sind, deren Interessen, Anliegen und Sichtweisen heute zum Schaden des Ganzen ausgegrenzt oder in höchst unzureichender Weise berücksichtigt werden, und weil Offenheit und Transparenz besser als in den bisherigen Strukturen gewährleistet sind. Die moralische Überlegenheit der neuen Strukturen ergibt sich also aus der Offenheit oder Wahrhaftigkeit der Beziehungen wie auch aus der Ablösung oligarchischer Verfügungsmonopole in Politik und Wirtschaft durch gerechtere pluralistische Formen der Mitbestimmung, in denen Machtpolitik und das Recht des Stärkeren durch Achtung Andersdenkender, den ehrlichen Dialog und die Kraft des besseren Arguments ersetzt werden können. Dies setzt wohl eine höhere Mündigkeit der Beteiligten voraus, würde diese aber auch entscheidend fördern.

Es ist schließlich keine Frage, daß die Moral der Beziehungen sich in der Moral des Handelns niederschlagen muß, und daß die Moral des Handelns die Moral der Beziehungen konstituiert. Darum ist der strukturelle Wandel auch aus Gründen der moralischen Erneuerung und Fortentwicklung in Gesellschaft und Politik zu fordern. Und es ist ein Irrtum zu glauben, die Welt könne auf die Dauer ohne einen moralischen Fortschritt bestehen, der auch die grundlegenden Bezüge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfaßt, vielmehr ist alles, was moralisch nicht bestehen kann, auch physisch oder faktisch auf die Dauer nicht zu halten. Das selbstzufriedene Beharren auf überkommenen Bezügen oder Strukturen führt in den Untergang und in den Zusammenbruch der moralischen Ordnung. Und die Ergebnisse eines Fortschritts lassen sich darum nur bewahren, wenn dieser nicht stehen bleibt.

Anschrift des Autors:

Dr. Helmut Etzold
Botanisches Institut
Staudtstraße 5

D-8520 Erlangen

Impressum

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - GZS

Anschrift: Rotthauer Straße 97 - D-4650 Gelsenkirchen 1
Tel.: (0209) 13 67 04

Redaktion: Werner Mittelstaedt

Druck: G. Kublin, Haydnstr., D-4650 Gelsenkirchen 1

Auflage: 2000

Leserkreis: GZS-Mitglieder und GZS-Freundeskreis (ca. 180 Exemplare), Autoren jeweils 30, Universitäten im In- und Ausland, Institutionen der Zukunfts- und Friedensforschung, politische Parteien, Gewerkschaften, die „neuen, sozialen Bewegungen“, Umweltorganisationen, breite Öffentlichkeit = Rest der jeweiligen Auflage.

Preis: DM 4,- (Ab 5 Exemplare DM 2,- pro Exemplar)

Abgabe zu 99% kostenlos! Sichern Sie die Überlebensfähigkeit der GZS durch eine Mitgliedschaft oder Spenden!

Eine Beitrittserklärung finden Sie auf der letzten Seite!

Spendenkonto: Deutsche Bank AG: Bankleitzahl: 420 700 62
Kontonummer: 2326320

Beitrittserklärung

für die

Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. -GZS

§ 2 (Zweck) der GZS-Satzung: „Der Verein versucht, wo immer es geht, auf Gefahren und Probleme der internationalen Gesellschaft hinzuweisen und ist bestrebt, mit Methoden der Zukunftsforschung an alternativen Lebens- und Überlebenskonzeptionen mitzuarbeiten. Es soll nach Alternativen geforscht werden, mit dem Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungsträgern Orientierungs- und Entscheidungshilfen zu geben.“

Darüber hinaus besteht die Hauptaufgabe der GZS darin, die Bewußtseinsbildung über Zukunftsfragen in breiten Bevölkerungskreisen zu fördern und zum aktiven Handeln zur wünschenswerten Zukunftsgestaltung zu ermutigen.

Dafür setzt die GZS ein breites Spektrum an Aktivitäten ein: Herausgabe der Zeitschrift „Blickpunkt Zukunft“ seit 1981; Herausgabe von anderen Publikationen; zahlreiche selbst organisierte Veranstaltungen; gezielte Öffentlichkeitsarbeit; Mitwirkung an Veranstaltungen mit zukunftsrelevanten Themen; Korrespondenzen mit zahlreichen Institutionen der neuen sozialen Bewegungen sowie der Zukunfts- und Friedensforschung; Umfragen an Wissenschaftler, Politiker und Publizisten (Seit dem Jahre 1977 wurden 4 große Umfragen durchgeführt.).

Die GZS ist eingebunden im globalen Netzwerk der sozialen Bewegungen, die in Theorie und Praxis daran arbeiten, daß der multidimensionalen Krise des ausgehenden 20. Jahrhunderts Optionen für eine humane, ökologisch verträgliche und global gerechtere Weltgesellschaft entgegengestellt werden.

Ehrenmitglieder der GZS sind: Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim und Dr. Lothar Schulze.

Bitte nachfolgende Beitrittserklärung ausfüllen und zur GZS senden! Anschrift: GZS, Rotthauer Str. 97, D-4650 Gelsenkirchen 1, Telefon: (0209) 13 67 04

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort, Telefon

Ort, Datum, Unterschrift

Meine GZS-Mitgliedschaft soll beginnen am: _____ 19 _____

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert: _____

Die GZS-Mitgliedschaft beträgt pro Jahr DM 48,- oder mehr; für Studenten, Schüler, Arbeitslose, Rentner, Schwerbehinderte nur DM 15,- oder mehr.

Die GZS-Mitgliedschaft kann jederzeit ohne Angabe von Gründen beendet werden!

Bei Mitgliedschaft erhalten Sie folgende Leistungen:

- Kostenfreies Abonnement „Blickpunkt Zukunft“.
- Einladungen zu allen GZS-Veranstaltungen.
- Regelmäßige Mitgliederinformationen.
- GZS-Serviceleistungen (z.B. Info-Dienst über Zukunftsrelevante Veranstaltungen im deutschsprachigen Raum sowie Bekanntmachung von Zukunftswerkstätten).
- Bei Eignung erhalten Sie die Möglichkeiten, etwas in „Blickpunkt Zukunft“ zu veröffentlichen.

Absender: GZS, Rotthauer Str. 97, D-4650 Gelsenkirchen

DRUCKSACHE

Katalog der Hoffnung. 51 Modelle für die Zukunft. Hrsg. von Robert Jungk und der Internationalen Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg. Frankfurt/Main.: Luchterhand Literaturverlag 1990. 207 Seiten, DM 19,80.

In diesem „Katalog der Hoffnungen“ werden 51 wegweisende Modelle für die Zukunft vorgestellt. Es handelt sich um: Soziale Erfindungen, Regeneration, Anfänge einer anderen Wirtschaft, Neue Formen des Widerstands, Entspannung von unten, Neue Formen der Solidarität, Globales Denken und Splitter. Neben ausführlichen Darstellungen der Zukunftsmodelle sind auch immer die Anschriften der Projekte veröffentlicht. Ein wichtiges Buch für alle, die sich für das breite Spektrum wegweisender Zukunftsgestaltung interessieren und die selbst daran arbeiten, die globalen Herausforderungen durch neue Formen der Zukunftsgestaltung anzunehmen.

Die Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen (Robert Jungk-Stiftung) in Salzburg will alle Projekte und Modelle aus aller Welt in einer „Datenbank der Hoffnung“ erfassen, von denen sie Kenntnis erhält und Interessenten zugänglich machen. Des weiteren soll zur Mitarbeit und Nachahmung motiviert werden.

Anschrift: A-5020 Salzburg, Imbergstraße 2,
Tel.: 0043-(0)662-73206, 71296

Die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) strebt den ökologischen, ökonomischen und sozialen Umbau der Emscherregion zwischen Dortmund und Duisburg an. Unter Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise wird die Emscherregion ökologisch saniert und zukunftsweisend gestaltet. Im Februar 1990 ist die erste Ausgabe der „Emscher Park Informationen“ erschienen, die detaillierte Informationen über den Stand der IBA-Projekte darlegt. Anschrift: Gesellschaft Internationale Bauausstellung Emscher Park GmbH, Zeche Rheinelbe, Leithestr. 37/39, D-4650 Gelsenkirchen.

Am 08. Dezember 1989 wurde in Berlin die **Gesellschaft für Zukunftsgestaltung - Netzwerk Zukunft e.V.** gegründet. Einem Teil dieser „Blickpunkt Zukunft“ - Ausgabe liegt eine ausführliche Darstellung dieser Gesellschaft bei! Aus Platzgründen kann diese neue Institution für Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung erst im nächsten Heft vorgestellt werden. Anschrift: Gesellschaft für Zukunftsgestaltung e.V., Stauffenbergstr. 11-13, D-1000 Berlin 30, Tel.: 030/2615085.

Vorschau auf "Blickpunkt Zukunft" Ausgabe 21 - November 1990

Dr. Lothar Schulze:

Die Autoflut muß eingedämmt werden! Ein erdachtes Gespräch.

Frank Eckardt:

In das Jahrtausend der Flüchtenden?

Werner Mittelstaedt:

Reflexionen über die Chancen partizipativer Zukunftsgestaltung.

Dr. Helmut Etzold:

Die gemeinsamen Voraussetzungen von ökologischer Stabilität, Frieden und gerechten Entwicklungsbedingungen.